

Wechmar: Bundesbehörde wird in Berlin arbeiten

BERNT CONRAD, Bonn

Das Amt für Umweltschutz, über dessen Errichtung in Berlin monatelang diskutiert worden ist, wird endgültig „Umweltbundesamt“ heißen und im Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums als eine nachgeordnete Oberbehörde arbeiten.

Diese Entscheidung machte Staatssekretär von Wechmar am Montag vor der Bundespressekonferenz klar. Seine Ankündigung löste Überraschung aus, weil Wechmar selbst und andere Regierungssprecher früher unterschiedliche Formulierungen für das Amt, darunter auch den Begriff „Bundesamt für Umweltschutz“, benutzt hatten.

Auf zweifelnde Fragen versicherte Wechmar, daß der Name „Umweltbundesamt“ seit jeher amtlich korrekt gewesen sei. Zahlreiche Journalisten hatten demgegenüber den Verdacht, daß die Bundesregierung unter sowjetischem Druck das Wort „Bund“ vom Anfang des Namens entfernen und ihn statt dessen unauffällig in der Mitte plazieren wollte.

Tatsächlich enthielt jedoch schon die Kabinettsvorlage des Bundesinnenministeriums vom 28. August 1973, wie die WELT feststellen konnte, die Bezeichnung Umweltbundesamt. In der Begründung zu dieser internen Vorlage hieß es, auf den im Umweltprogramm vom 29. September 1971 gewählten Begriff Bundesamt für Umweltschutz sei verzichtet worden, da das künftige Amt auch Aufgaben der Umweltplanung und der Umweltvorsorge zu erfüllen haben werde.

Wie verlautet, will Innenminister Genscher, ungeachtet aller inzwischen ausgetauschten Noten und Proteste, den Text seiner Vorlage vom vergangenen Jahr unverändert dem Bundeskabinett vorlegen. Staatssekretär von Wechmar ging am Montag davon aus, daß das Bundeskabinett am Mittwoch endgültig über den Gesetzentwurf beschließen wird.

Der Regierungssprecher bekräftigte noch einmal, daß sich die geplante Errichtung des Umweltbundesamtes im Rahmen der Bestimmungen des Viermächte-Abkommens halte. Diese Ansicht decke sich mit der Auffassung der drei Westmächte, die der Sowjetunion notifiziert worden sei.

Der CDU-Abgeordnete Marx hat die geplante Bezeichnung „Umweltbundesamt“ am Montagabend scharf kritisiert und im Namen seiner Fraktion die Erwartung ausgesprochen, „daß die Bundesregierung sich noch rechtzeitig eines Besseren besinnt und in der kommenden Kabinetsitzung die alsbaldige Einrichtung eines Bundesamtes für Umweltschutz in West-Berlin beschließt“. Marx wertete den Namen „Umweltbundesamt“ als Nachgeben gegenüber permanenten Einmischungsversuchen der Sowjetunion und der „DDR“. „Sollte sich die Bundesregierung durch die Schöpfung von neuen Wortungeheuern, wie Umweltbundesamt, bereits die Bezeichnung von oberen Bundesbehörden durch Ost-Berlin oder Moskau vorschreiben oder soufflieren lassen, so würde sie damit einen erneuten und beschämenden Beweis ihrer Gefügigkeit vor kommunistischen Forderungen erbringen.“